

Alten- und Altenpflegeheime (stationärer Bereich) ERFOLGSPLAN 2007

Betriebserträge	2007	2006
	TEUR	TEUR
1. Pflegesatzerlöse	25.900	25.650
2. Sonstige betriebliche Erlöse		
2.1 Erstattungen Krankenkasse Inkontinenz u. Physiotherapie	190	190
2.2 Zinsen und ähnliche Erträge	50	40
2.3 Übrige Erträge	300	350
2.4 Gewinn APH Service GmbH	140	140
Summe Erträge	26.580	26.370

Betriebsaufwendungen	2007	2006
	TEUR	TEUR
1. Personalaufwendungen		
1.1 Löhne, Gehälter und Dienstbezüge	13.290	13.200
1.2 Soziale Ausgaben	2.640	2.640
1.3 Altersversorgung u. Unterstützung	1.200	1200
1.4 Personalnebenkosten	60	60
1.5 Umlage Altenpflege	60	150
Summe	17.250	17.250
2. Bezogene Leistungen von Dritten		
2.1 Materialkosten und Aufwendungen für bezogene Leistungen		
2.1.1 Lebensmittel	1.200	1.180
2.1.2 Medizinischer- u. Betreuungsbedarf	550	650
2.1.3 Wirtschaftsbedarf	2.800	2.850
2.1.4 Wasser, Energie, Brennstoffe	1.200	950
2.1.5 Verwaltungsbedarf	190	180
2.2 Abgaben und Versicherungen	340	310
2.3 Instandhaltung und Ersatzbeschaff.	950	950
2.4.1 Steuerungsumlage	30	30
2.4.2 Entgelte für Leistungen städtischer Dienststellen	60	60
2.5 Übrige Aufwendungen	440	510
Summe	7.760	7.670
3. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	350	330
4. Abschreibungen auf Anlagevermögen	1.150	1.090
Summe Aufwendungen	26.510	26.340

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2007

I. Erläuterungen zum Erfolgsplan

1. Betriebserträge

1. Pflegesatzerlöse

Grundlage der im Wirtschaftsplan 2007 ausgewiesenen Erlöse aus erbrachten Pflegeleistungen sind die zwischen den APH und der Bundesknappschaft bzw. dem Landschaftsverband Rheinland verhandelten Pflegesätze des Jahres 2005/06/07, die bis zum 30.09.2007 verhandelt und vereinbart wurden. Die Investitionskosten werden vom Landschaftsverband Rheinland zum 01. Januar 2007 neu festgelegt. Hierbei ist berücksichtigt, dass die Investitionskosten um rd. 180 T€ sinken werden. Dies ist im Zusammenhang mit den niedrigeren Zinsaufwendungen seitens APH an die Stadt zu sehen. Die nächsten Pflegesatzverhandlungen erfolgen voraussichtlich Mitte 2007, wobei die Betriebsleitung diese durchaus aus taktischen Gesichtspunkten auch auf Anfang 2008 verschieben könnte. In diesem Falle wird der Betriebsausschuss entsprechend mit eingebunden. Darüber hinaus wurde von einer Auslastung über alle Heime in Höhe von durchschnittlich 98,5 % ausgegangen. Eine höhere Auslastung wird seitens APH weiter angestrebt. Aus Sicht der Betriebsleitung sollten aber keine Risiken in die Planung aufgenommen werden. Letztlich wird die Betriebsleitung in 2007 neun Heimplätze abbauen, um zukünftig verschiedenen Vorschriften (Heimmindestbauverordnung, Landespflegegesetz) genüge zu tun.

2.2. Der Eigenbetrieb erzielt Erträge in Form von Zinsen für Kapital, das über den Sonderhaushalt der Stadt zeitweilig zur Verfügung gestellt wird. Auch in 2007 ist davon auszugehen, dass die APH über die notwendige Liquidität verfügen wird.

2.3. Unter dieser Position sind folgende Ertragsposten zusammengefasst:

Spenden/Stiftungszuschüsse; Erträge Cafeteria; Mitarbeiterverpflegung; Miete Personal; sonstige Mieten; Versicherungsentschädigungen; usw. Hier handelt es sich um Nebeneinnahmen des Betriebes.

2.4. Gewinne aus APH Service GmbH

Die Gewinne aus der Service Gesellschaft fließen zu 100% in den Eigenbetrieb ein.

II. Aufwendungen

1. Personalaufwendungen

Die Planzahl 2007 wurde auf der Basis der bis zum Oktober 2006 tatsächlich entstandenen Personalaufwendungen hochgerechnet.

Die Personalaufwendungen in 2007 werden voraussichtlich in Höhe der Planzahl des Vorjahres anfallen. Die Personalstellen sind weitestgehend ausgeschöpft, bei der hohen Belegung aus dem Jahr 2006. Allerdings hat die Betriebsleitung zusätzlichen Aufwand in Form der sich ständig und massiv erhöhenden Kostenbeteiligung an der Altersteilzeit sowie der ab 2007 zu zahlenden Leistungszulage in den Wirtschaftsplan miteinbezogen. In den Personalaufwendungen sind neben den Löhnen, Gehältern, Bezügen, Sozialabgaben und Altersversorgung auch Personalnebenkosten (Beihilfen, Unfallversicherung, Dienstkleidung, Fortbildung usw.) sowie Pensionsrückstellungen, Paisy-Umlage, Überstunden- und Urlaubsrückstellungen und die reduzierte Altenpflegeumlage enthalten.

Noch nicht abschließend beurteilt werden können insbesondere die Auswirkungen bei der Höhe der zusätzlichen Urlaubstage für Schichtarbeiter. Außerdem ist bis dato noch nicht bekannt, ob es eine Erhöhung des Umlagesatzes bei der ZVK (Zusatzversorgung der Arbeiter und Angestellten) geben wird. Hier würden bei eventuellen Erhöhungen Einsparungen bei den freiwilligen Instandhaltungsrückstellungen notwendig.

- 2.1.3 Unter dem Begriff Wirtschaftsbedarf werden die Fremdreinigung einschließlich der Zusatzaushilfen, der Reinigungsverbrauch sowie der sonstige Wirtschaftsbedarf zusammengefasst. Die Planzahl des Jahres 2007 wird sich gegenüber der Planzahl des Wirtschaftsplanes 2006 nicht erhöhen.
- 2.1.4 Der Verbrauch sowie die damit verbundene Höhe der Energiekosten sind nicht abschließend einschätzbar. Die Betriebsleitung geht davon aus, dass die Energiekosten weiter ansteigen werden.
- 2.1.5 Der Verwaltungsbedarf umfasst die Prüfungskosten, Telefon, Fax und Portokosten, Büromaterial, Bücher/Zeitschriften, EDV-Kosten, Beratungskosten sowie den sonstigen Verwaltungsbedarf.
- 2.3 Die Aufwendungen für die Instandhaltungen setzen sich zusammen aus rd. 600 TEUR, je zur Hälfte für die Bauunterhaltung und die Technik für planmäßige und notwendige Maßnahmen sowie rd. 230 TEUR für zusätzliche Ersatzbeschaffungen. 50 TEUR sind für nicht vorhersehbare und unabdingbar notwendige Bauunterhaltungsmaßnahmen bestimmt. Außerdem sollten Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (70 T€) gebildet werden. Das Entgelt für Leistungen der Nachrichtentechnik ist ebenso hier enthalten.

- 2.4.1 Die Berechnung erfolgt wie im Vorjahr. Es werden nur tatsächlich erbrachte Leistungen abgerechnet.
- 2.4.2 Unter dieser Position werden die von anderen städtischen Dienststellen für die APH erbrachten Dienstleistungen zusammengefasst. Die Betriebsleitung rechnet nur tatsächlich erbrachte und nachvollziehbare Leistungen mit den Ressorts und Stadtbetrieben ab.
- 2.5 Die Position Übrige Aufwendungen beinhaltet Mieten und Nebenkosten (Wuppertaler Hof) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen.
3. Die Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen beinhaltet Zinsen für zweckgebundene Landesdarlehen und die übergeleiteten Verbindlichkeiten von der Stadt. Die Höhe der Zinsen für die übergeleiteten Verbindlichkeiten wurden durch die Vereinbarung vom Dezember 2004 zwischen den APH und der Stadt für die Zeit ab 2005 von 5,8 auf 3,2% reduziert. Darüber hinaus erhielten APH im Dezember 2005 Fremdmittel in Höhe von 900 T€ Dieses Darlehen wurde für die notwendigen zweiten baulichen Rettungswege in einigen Einrichtungen benötigt.

ALTEN- UND ALTENPFLEGEHEIME

VERMÖGENSPLAN 2007

FINANZBEDARF**- EURO -**

	2007	2006
1. FINANZIERUNG		
ABSCHREIBUNG	1.150.00	1.100.000
FREMDKAPITAL (DARLEHEN)		900.000
ZUWENDUNG	40.000	35.000
SUMME	1.190.000	2.035.000
2. INVESTITIONEN		
Grundstücke und Bauten	200.000	200.000
Bauliche Rettungswege	41.000	900.000
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	400.000	402.000
SUMME	641.000	
1.502.000		
3 TILGUNG LANDESDARLEHEN	199.000	199.000
4 TILGUNG FREMDKAPITAL	340.000	324.000
5 Tilgung DARLEHEN		
APH Service GmbH	10.000	10.000
SUMME	1.190.000	2.035.000

Erläuterungen zum Vermögensplan 2007

1. Finanzierung

Abschreibungen

Die Abschreibungen für das Jahr 2007 wurden auf der Grundlage der Abschreibungen für 2006 hochgerechnet.

Fremdkapital

Die Aufnahme von zusätzlichen Fremdmitteln ist derzeit nicht vorgesehen.

3. Tilgung von Landesdarlehen

4. Tilgung von Fremdkapital

Die Tilgungen ergeben sich aus den entsprechenden Tilgungsplänen. Es handelt sich um Tilgungen für zweckgebundene Landesdarlehen und um übergeleitete Verbindlichkeiten der Stadt sowie ein in 2005 aufgenommenes Darlehen in Höhe von 900 T€ für die Errichtung von Rettungstreppen in einigen Einrichtungen.